

Mainz, 24.01.2014

Antrag **1358/2013/1 zur Sitzung Stadtrat am**

**gemeinsamer Antrag (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, ödp):
Humanitäre und integrative Flüchtlingspolitik in der Stadt Mainz
umsetzen**

Weltweit steigen die Flüchtlingszahlen. Dies bekommen wir auch in Mainz zu spüren. Für das Jahr 2013 wird für Deutschland insgesamt ein Zuzug von über 100.000 Flüchtlingen prognostiziert; d.h. für Rheinland-Pfalz ca. 5000 Menschen. Die Landesregierung hat zudem beschlossen, dem Angebot des Bundes zu folgen und syrischen Flüchtlingen, deren Angehörige bereits in Deutschland leben, einen erleichterten Zuzug zu ermöglichen.

In Anbetracht der zahlreichen Konfliktherde in Nordafrika (Libyen, Ägypten), im Nahen und Mittleren Osten (Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, Libanon) sowie Tschetschenien und Somalia ist davon auszugehen, dass wir auch in den kommenden Jahren mit erhöhten Flüchtlingszahlen zu rechnen haben.

Schon in der Vergangenheit und nicht zuletzt durch die Teilnahme an der Save-me Kampagne für die Resettlement-Flüchtlinge hat die Stadt Mainz ihr soziales und humanitäres Engagement bewiesen. Dabei hat das Zusammenwirken von verschiedenen Vereinen, Kirchen, Gruppen und engagierten Mitbürgerinnen vor Ort mit dazu beigetragen, dass das Miteinander in den Stadtteilen gelingt. Dieser Weg muss auch in Zukunft konsequent fortgesetzt werden.

Ziel der Politik in unserer Stadt muss es sein, Menschen in Not menschenwürdig unterzubringen, ihnen Schutz und Sicherheit zu gewähren und ihnen bei Bedarf eine Chance für eine dauerhafte Perspektive in unserem Land zu ermöglichen.

Die an einigen Stellen rechtspopulistisch geführte Debatte lehnen die im Mainzer Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien mit aller Entschiedenheit ab. Mit dieser Diskussion wird versucht, sich zu Lasten der heimatlosen Menschen politisch zu profilieren. Diese Form der Auseinandersetzung ist unmenschlich und nicht zielführend. Den in Teilen der Bevölkerung anzutreffenden Vorbehalten muss durch eine sachliche Informationspolitik und regelmäßigen Dialog begegnet werden. Ziel

muss es sein, bestehende Vorbehalte, Unsicherheiten und Ängste abzubauen, und die Menschen gemeinsam willkommen zu heißen.

Neben den humanitären Verpflichtungen wird allzu oft vergessen, dass die Zuwanderer, die zur Zeit vor allem als Belastung für den Wohnungsmarkt und die Sozialkassen gesehen werden, auch zukünftige, überwiegend junge Bürger und Arbeitskräfte sein werden, denen es gilt, den Eintritt in unsere Gesellschaft zu erleichtern.

Mit der vorgelegten Fortschreibung der Flüchtlingskonzeption hat die Stadtverwaltung hierzu einen ersten Aufschlag gemacht. Die aktuellen Entwicklungen bei der Suche nach geeigneten Unterkünften für Flüchtlinge zeigen jedoch, dass wir eine ganzheitliche Herangehensweise benötigen mit verlässlichen Rahmenbedingungen, vorausschauenden Konzepten und einer umsichtigen, humanitären Flüchtlings- und Integrationspolitik.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird gebeten, ein langfristiges Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen zu entwickeln; die zu erwartenden Zuzüge von Menschen müssen bei den Planungen zur Wohnraumversorgung mit berücksichtigt werden.
2. Die Gebäude der Zwerchallee, die nun z.T. als Flüchtlingsunterkünfte ertüchtigt werden, sind ausschließlich für die zeitweise Unterbringung der Flüchtlinge zu nutzen. Sie dürfen für keinen anderen Zweck genutzt werden.
3. Die Stadtverwaltung wird gebeten, einen Runden Tisch einzurichten, zu dem alle Institutionen, Organisationen und Initiativen eingeladen werden sollen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren. Ziel ist es, die Unterstützung und das ehrenamtliche Engagement weiter zu verbessern.
4. Die Mittel für die externe psychosoziale Betreuung sollen zunächst befristet auf drei Jahre so erhöht werden, dass der aktuelle Betreuungsschlüssel deutlich verbessert werden kann.
5. Die Flüchtlingsarbeit soll Bestandteil der Integrationsarbeit der Stadt Mainz und insbesondere des Integrationsbeauftragten sein. Im Beirat für Migration und Integration soll regelmäßig über die Situation der Flüchtlinge berichtet und Möglichkeiten der Unterstützung diskutiert werden.
6. Die Stadt Mainz setzt sich für die Entwicklung einer Willkommenskultur ein, die

ausdrücklich die Flüchtlinge miteinschließt. Die Verwaltung wird gebeten, analog zu dem Projekt „Serviceorientierte Ausländerbehörde“ ein Konzept der Willkommenskultur für die gesamte Stadt zu entwickeln.

7. Die Stadtverwaltung wird gebeten, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und sich klar für Integration und gegen fremdenfeindlichen und rassistischen Parolen zu positionieren. Die Verwaltung und der Integrationsbeauftragte sollen einen intensiven Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern führen und dabei die Chancen von Zuwanderung in unserer vom demografischen Wandel betroffenen Gesellschaft herausstellen.

8. Die Verwaltung wird gebeten, sich bei Bund und Land für gesetzliche Regelungen einzusetzen, damit Flüchtlinge möglichst früh Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

9. Die Verwaltung wird gebeten, sich bei Bund und Land dafür einzusetzen, dass den Kommunen die Kosten der Flüchtlingsunterbringung nach tatsächlich anfallenden Kosten voll erstattet werden.

10. Die Verwaltung wird gebeten, dem Stadtrat und den zuständigen Ausschüssen regelmäßig über die aktuelle Situation zu berichten.

Hannsgeorg Schöning (CDU)

Dr. Eckart Lensch (SPD)

Sylvia Köbler-Gross (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Walter Koppius (FDP)

Dr. Claudius Moseler (ödp)